



Pressemitteilung

Bündnis fordert Abberufung der Vorstände von KMW AG und Stadtwerken

Mainz / Wiesbaden, 02.07.2009: „Lange genug haben wir uns das Dilettieren oder unprofessionelle Handeln der Vorstände von KMW und Stadtwerken ansehen müssen. Es ist der erklärte Wille der Eigentümerinnen, nämlich der Städte Mainz und Wiesbaden, dass das Kohlekraftwerk nicht gebaut wird. Die Alternative heißt Gas. Bereits jetzt wird auf der Ingelheimer Aue das modernste Gaskraftwerk betrieben. In vielen anderen Städten wie Worms, Bonn, Frankfurt u.a. werden Gaskraftwerke errichtet, die offensichtlich – entgegen der Behauptungen der KMW AG – wirtschaftlich zu betreiben sind. Man muss den hiesigen Vorständen leider glauben, dass sie unfähig sind, am Gasmarkt die benötigten Lieferverträge für ein Mainzer Gaskraftwerk zu beschaffen. Dann ist es jedoch wirtschaftlicher, neue Vorstände einzusetzen und sich von den inkompetenten zu trennen, als für 1,25 Milliarden ein ökonomisch und ökologisch unsinniges Kohlekraftwerk zu bauen. Sie müssen daher abberufen werden, nicht nur im Interesse der Umwelt, sondern auch der Wirtschaftlichkeit unserer kommunalen Betriebe.“, fordert Jörg Jordan, Vorstandsmitglied des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region und ehemaliger Landesentwicklungsminister des Landes Hessen die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Mainz AG und ESWE AG zum Handeln auf.

Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region ergänzt: „Was hier passiert, ist ein Unding. Der Vorstand der Stadtwerke Mainz hatte im Januar 2007 dem Stadtrat ein Kohlekraftwerk vorgestellt, das wesentlich kleiner und kostengünstiger war, als das, was er zu diesem Zeitpunkt schon geplant hatte. Herr Höhne hat damit das Stadtparlament belogen und anschließend noch behauptet, der Stadtrat sei nicht in der Lage, solch komplexe Entscheidungen zu diskutieren. Dass dies bisher folgenlos geblieben ist, ist für uns nicht mehr einzusehen. Wir werden daher nun in rechtlicher Hinsicht überprüfen lassen, ob Herr Höhne weiterhin als Vorstand für Stadtwerke AG tätig sein kann.“

„Schließlich wird auch zu untersuchen sein, warum die Vorstände ein Kohlekraftwerk bestellt haben, ohne hierfür zuvor eine Genehmigung einzuholen oder aber die Finanzierung zu klären. Sollte hierdurch den stadtnahen Gesellschaften ein Schaden entstanden sein, so muss über die Haftung der Vorstände nachgedacht werden. Dies gilt umso mehr, da die Finanzierung durch die Kreditgebenden Institute mit dem gestern im Mainzer Stadtparlament gefassten Beschluss in weite Ferne gerückt sein dürfte. Wir sehen hier die Anti-Kohlekraftwerksparteien im Mainzer Stadtrat auf einem sehr guten Weg und sind uns sicher, dass sie in aller nächster Zeit einen Weg finden werden, um weitere Schritte zur Verhinderung des Kohlekraftwerkes, insbesondere die Umwandlung der stadtnahen Gesellschaften von der AG zur GmbH, einzuleiten. Aber auch die Haftungsfragen für den Vorstand sowohl bei den Stadtwerken als auch bei der KMW sollten intensiv rechtlich bewertet werden, wie dies ein Antrag der SPD im gestrigen Stadtrat zum Inhalt hat. Wer eine Milliardeninvestition ohne Genehmigung und ohne Finanzierung beauftragt, dessen persönliche Haftung muss überprüft werden“, so Marc Legg weiter.

Meinrad von Engelberg, 2. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region kündigt Gespräche mit den Wiesbadener Bündnispartnern an: „Mit großem Interesse verfolgen wir von Wiesbadener Seite die Entwicklungen im Mainzer Stadtparlament. Wir bitten daher die Handlungsträger in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung entsprechende Schritte zu prüfen. So sollte auch die Stadtverordnetenversammlung eine Bürgschaft für das Kohlekraftwerk unmittelbar oder mittelbar über die ESWE-AG ablehnen. Auch ist es für die Wiesbadener Bürger eine demokratische Grundsatzfrage, dass die gewählten Volksvertreter keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der eigenen Aktiengesellschaft haben. Mehrfach ist auch in Wiesbaden das Kohlekraftwerk bislang ohne Wirkung abgelehnt worden. Daher ist auch in Wiesbaden die Umwandlung der Aktiengesellschaft in eine GmbH zu prüfen, damit auch von der Wiesbadener Muttergesellschaft gemeinsam mit der Mainzer Muttergesellschaft auf die KMW AG zugegriffen und das Projekt verhindert werden kann“.